



STANDPUNKT

Maut adieu

Uwe Kalbe über die neueste Politpeinlichkeit für die CSU

Verwunderlich war nur die Zustimmung der EU-Kommission gewesen, die dem deutschen Verkehrsminister auf den Leim ging, obwohl jedes Kind erkennen konnte, dass die Maut auch in ihrer überarbeiteten Form eine Diskriminierung bleibt. Die CSU hielt, was sie versprochen hatte, und sie brüstete sich ganz offen damit: mit der Maut nur für Ausländer. Dass die EU-Fachleute Alexander Dobrindts überarbeitetes Konzept schluckten, welches von der Ungleichbehandlung in- und ausländischer Mautzahler durch die Schaffung neuer Ungleichbehandlungen (von Kurz- und Dauernutzern sowie alter und neuer Autos) ablenkte, spricht von peinlicher Unterwerfung. Das jetzige Gutachten ist die Quittung.

Vor allem aber entblößt es die CSU. Es gibt keine zweite Partei in Deutschland, die es in Sachen Populismus zu solcher Meisterschaft bringt. Erstaunlich nur, dass kein Misserfolg diese Partei irgendwann zur Besinnung bringt – kein Dämpfer, weder zur Kinderbetreuungsprämie für Hausfrauen noch zur rechtswidrigen Asyl-Obergrenze oder zur Ausländermaut hielt den Seehofer-Clan je von der nächsten Dummheit ab. Auch wenn das Scheitern noch so nahe lag.

Notfalls würde Seehofer bis aufs Blut auch für ein Gesetz streiten, das es nur Deutschen gestattet, über Wasser zu laufen, wenn das ein paar Wähler brächte. Peinlich berührt muss daher auch Kanzlerin Merkel sein, die die Maut ursprünglich aus geschlossen hatte und sich wider besseren Wissens beugte. Unnötig, denn nun behält sie Recht. Sicher gibt es mit ihr keine Maut mehr.

UNTEN LINKS

Es passiert eben immer wieder: Bundesjustizminister Heiko Maas hat gestern seinen Kollegen im Bundestag die falsche Rede darbieten wollen. Erst nach Zwischenrufen war dem SPD-Politiker aufgefallen, dass von ihm zunächst Ausführungen zum besseren Schutz von Polizisten und Rettungskräften erwartet wurden – und die vor ihm liegende Rede zur Fußfessel Stunden später auf der Tagesordnung stand. Peinlich? Mitnichten! Maas ist ja nicht der erste, dem derlei Lapsus passiert. Helmut Kohl musste 1986 ertragen, dass eine falsche Silberrede von ihm im Fernsehen lief. 2011 hielt Indiens Außenminister die Rede seines portugiesischen Amtsbrosers vor dem UN-Sicherheitsrat. Und Simbawes Präsident Robert Mugabe eröffnete das Parlament 2015 mit den Worten, die er Monate zuvor schon andernorts verloren hatte. Maas jedenfalls nahm es sportlich. Kunststück, er konnte sich weder auf Verschwörungstheorien noch auf Überforderung oder Verwirrtheit eines 91-Jährigen berufen. oer

Türkische Werbesendung

Ministerpräsident Yildirim propagiert in Oberhausen Erdogans Präsidialsystem



Foto: dpa/Thomas Frey

Berlin. Kompliziert. Damit ist das derzeitige deutsch-türkische Verhältnis noch unzureichend beschrieben. Während Präsident Recep Tayyip Erdogan die Türkei auf direktem Weg in eine lupenreine Diktatur führt, sind Deutschland und die EU aus Angst vor Flüchtlingen, die der schmutzige Deal mit Ankara von Europas Grenzen fernhält, praktisch handlungsunfähig. Türkische Imame haben politische Gegner des AKP-Regimes in Deutschland ausspioniert, Kurden und (vermeintliche) Anhänger der Gülen-Bewegung, die Erdogan für den gescheiterten Putschversuch verantwortlich macht, sehen sich zunehmend Attacken

von AKP-Leuten ausgesetzt. Kein Wunder also, dass der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Binali Yildirim am Samstag in Oberhausen für Wirbel sorgt. Dort macht er vor Deutsch-Türken Werbung für das von Erdogan angestrebte Präsidialsystem. »Ich finde es geradezu skurril, dass der türkische Ministerpräsident keinerlei Skrupel hat, von unserer Demokratie zu profitieren, während er und seine Schergen im eigenem Land Oppositionelle hinter Gitter bringen«, kritisierte etwa der Grünen-Bundesvorsitzende Cem Özdemir in der »Frankfurter Rundschau« den Auftritt Yildirims.

Passend dazu kam am Freitag die Meldung, dass erstmals während des Ausnahmezustands in der Türkei ein deutscher Journalist in Polizeigewahrsam genommen worden ist. Der ehemalige Mitarbeiter von »taz« und »Jungle World«, Deniz Yücel, hatte sich der Polizei in Istanbul bereits am Dienstag gestellt, wie seine Redaktion bestätigte. Den Anwälten des 43-Jährigen sei gesagt worden, dass gegen ihn wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, wegen Terrorpropaganda und wegen Datenmissbrauchs ermittelt werde. Es bleibt kompliziert. mdr

Seite 4

Von der Leyen warnt vor US-Alleingängen

Pentagonchef Mattis betont in München Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses

Eine positive Bilanz hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) nach dem G20-Außenministertreffen in Bonn gezogen.

Bonn. Auch wenn US-Präsident Donald Trump in Washington blieb – im Geiste war er diese Woche in Europa sehr präsent, sowohl beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel als auch bei den G20-Außenministern in Bonn oder der Münchner Sicherheitskonferenz. Die deutschen Regierungsvertreter hatten dort die Gratwanderung zu bewältigen, mit Trumps Abgesandten ins Gespräch zu kommen und zugleich selbstbewusst die eigenen Positionen vorzubringen.

Deutlich machte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), dass mit ihm eine Anhebung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wie aus Washington gefordert, nicht zu machen sei. »Man darf Sicherheitspolitik nicht auf die Höhe

der Verteidigungsausgaben reduzieren«, sagte Gabriel am Freitag zum Abschluss des Bonner G20-Treffens. So gebe Deutschland mehr für Entwicklungshilfe aus als andere NATO-Staaten und allein »30 bis 40 Milliarden Euro im Jahr für die Integration von Flüchtlingen«.

In Deutschland würden die zwei Prozent Mehrkosten von gut 25 Milliarden zusätzlich bedeuten, warnte unterdessen der frühere Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) im Deutschlandfunk. Das sei seriös gar nicht machbar.

Einen Seitenhieb auf Fehler früherer US-Regierungen fügte Gabriel in Bonn noch hinzu: Die Flüchtlinge seien »das Ergebnis von verfehlten militärischen Interventionen«.

Klare Ansagen kamen von Gabriel auch zur Bedeutung internationaler Zusammenarbeit und des Multilateralismus wie vor allem im Rahmen der UN. Genau genommen war die gesamte von der

deutschen Präsidentschaft zusammengestellte Agenda des G20-Treffens mit UN-Nachhaltigkeitsagenda und kollektiver Krisenprävention im Mittelpunkt eine Kampfansage an die Abschottungspolitik Trumps.

»Man darf Sicherheitspolitik nicht auf die Höhe der Verteidigungsausgaben reduzieren.«

Außenminister Gabriel

Gabriels Konterpart war in Bonn US-Außenminister Rex Tillerson, den Konferenzteilnehmer zwar als angenehmen Gesprächspartner beschrieben, der sonst aber eher blass blieb. Immerhin schrieb Gabriel dem US-Kollegen Bekenntnisse zum UN-geführten Friedensprozess für Syrien und

zum Fortgang der bisherigen Ukraine-Verhandlungen zu. Die G20-Konferenz endete, wie vor Beginn angekündigt, ohne eine gemeinsame Erklärung. Das Treffen diente auch der Vorbereitung des G20-Gipfels am 7. Juli in Hamburg. Die Hansestadt erwartet im Sommer die größten Proteste ihrer Geschichte.

Zum Auftakt der Münchner Sicherheitskonferenz warnte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) die neue US-Regierung in deutlicher Form vor außenpolitischen Alleingängen etwa in der Russlandpolitik. Ihr Amtskollege US-Verteidigungsminister James Mattis betonte hingegen in München die Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. »Die transatlantische Verbindung ist stark«, sagte Mattis am Freitag. Zugleich stärke die transatlantische Einheit Europas. Agenturen/nd

Seite 5, 18 und 19

Geplante Maut noch immer ungerecht

Gutachten spricht von »mittelbarer Diskriminierung«

Berlin. Die Pkw-Maut verstößt laut einem Bundestagsgutachten gegen EU-Recht – trotz der Änderungen, die Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) mit Brüssel vereinbart hat. Für sich genommen seien die Maut und die geplante Maut-Entlastung für inländische Autofahrer bei der Kfz-Steuer nicht diskriminierend, heißt es in der Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags im Auftrag der Grünen. Die gebotene Gesamtbetrachtung spreche aber dafür, dass die Kombination »eine mittelbare Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit« zu Lasten von Straßennutzern aus anderen Mitgliedstaaten bewirke. Diese nach EU-Recht verbotene Diskriminierung lasse sich auch »nicht auf unionsrechtlich anerkannte Rechtfertigungsgründe stützen«, heißt es.

Österreichs Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) sieht sich in seiner Auffassung bestätigt: Hier wird gegen europäisches Recht verstoßen.« Dobrindt wiederholte hingegen seine Behauptung, dass die Maut EU-rechtskonform sei. nd/Agenturen

Seite 8

Russland-Exporte stark geschrumpft

Sanktionen treffen östliche Bundesländer besonders hart

Berlin. Die ostdeutsche Wirtschaft muss große Einbußen beim Russland-Geschäft hinnehmen. Das belegen Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums, die Susanna Karawanskij, die Ost-Koordinatorin der Linksfaktion im Bundestag, erfragt hatte. So musste Sachsen in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 beim Export nach Russland einen Rückgang von fast 30 Prozent oder 314 Millionen Euro hinnehmen. In Mecklenburg-Vorpommern schrumpften die Ausfuhren gar um 51 Prozent oder 165 Millionen Euro.

Zwar gingen die Ausfuhren auch in westdeutschen Ländern zurück, doch treffe es den Osten besonders hart, da die Firmen »die Ausfälle nicht durch Exporte in andere Staaten kompensieren können«, wie der Geschäftsführer des Maschinen- und Anlagenbauverbandes VDMA Ost, Reinhard Pätz, gegenüber »neues deutschland« betonte. »Traditionell ist der Anteil Russlands am Exportgeschäft bei unseren Firmen größer als in den westdeutschen Ländern«, sagte Pätz. nd

Seite 4

Trump: Rück- und Rundumschläge

Weiterer Wunschkandidat lehnt ab US-Präsident greift Medien scharf an

Washington. Erneuter Rückschlag für Donald Trump: Der Wunschkandidat des US-Präsidenten für den Posten des Nationalen Sicherheitsberaters hat die Aufgabe laut Medienberichten abgelehnt. Der ehemalige Vizeadmiral Robert Harward habe Trump eine Absage erteilt, berichtete CNN. Der Sender zitierte aus einer Erklärung Harwards, wonach er diese Funktion nicht übernehmen könne. »Dieser Job fordert 24 Stunden täglich, sieben Tage pro Woche Aufmerksamkeit und Engagement, um es richtig zu machen. Derzeit könnte ich diese Verpflichtung nicht eingehen«, hieß es demnach in der Erklärung des 60-Jährigen. Vermutet werden indes andere Gründe: So sagte ein namentlich nicht genannter Freund des Ex-Admirals zu CNN, Harward habe den Job wegen des Chaos im Weißen Haus abgelehnt.

Bei einer turbulenten Pressekonferenz wehrte sich Trump derweil vehement gegen den Verdacht geheimer Verbindungen nach Moskau. Informanten der Presse und die Medien selbst griff er scharf an. AFP/nd

Seite 7